

Beschlußempfehlung und Bericht **des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuß)**

- a) zu dem Antrag der Abgeordneten Norbert Otto (Erfurt), Dr. Hermann Pohler, Gerhard Schulz (Leipzig) und der Fraktion der CDU/CSU sowie des Abgeordneten Jürgen Türk und der Fraktion der F.D.P.
– Drucksache 13/9385 –

Absatzförderung für Produkte aus Ostdeutschland

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Wolfgang Ilte, Ernst Bahr, Tilo Braune und weiterer Abgeordneter
– Drucksache 13/8080 –

Absatzförderung für Produkte aus Ostdeutschland

A. Problem

Schaffung von Chancengleichheit für ostdeutsche Unternehmen im Markt. Förderung und Verstetigung des Absatzes von Produkten aus den neuen Bundesländern auf hohem Niveau.

B. Lösung

Umsetzung konkreter Maßnahmen zur Förderung des Absatzes für Produkte aus Ostdeutschland durch Bundesregierung, Länder sowie Unternehmen.

Annahme des Antrages der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. zur Absatzförderung für Produkte aus Ostdeutschland – Drucksache 13/9385 –.

Mehrheitsbeschluß im Ausschuß

C. Alternativen

Annahme des Antrages der Abgeordneten Wolfgang Ilte, Ernst Bahr, Tilo Braune und weiterer Abgeordneter – Drucksache 13/8080 – zur Absatzförderung für ostdeutsche Produkte.

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. – Drucksache 13/9385 – anzunehmen und
- b) den Antrag der Abgeordneten Wolfgang Ilte, Ernst Bahr, Tilo Braune und weiterer Abgeordneter – Drucksache 13/8080 – abzulehnen.

Bonn, den 23. Juni 1998

Der Ausschuß für Wirtschaft

| | |
|----------------------|---------------------------|
| Friedhelm Ost | Dr. Hermann Pohler |
| Vorsitzender | Berichterstatter |

Bericht des Abgeordneten Dr. Hermann Pohler

I.

Der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. – Drucksache 13/9385 – wurde in der 216. Sitzung des Deutschen Bundestages am 5. Februar 1998 zur federführenden Beratung an den Ausschuß für Wirtschaft sowie zur Mitberatung an den Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und den Haushaltsausschuß überwiesen.

Der Antrag der Abgeordneten Wolfgang Ilte, Ernst Bahr, Tilo Braune und weiterer Abgeordneter – Drucksache 13/8080 – wurde in der 216. Sitzung des Deutschen Bundestages am 5. Februar 1998 zur federführenden Beratung an den Ausschuß für Wirtschaft sowie zur Mitberatung an den Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und den Haushaltsausschuß überwiesen.

II.

Der **Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten** hat den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. – **Drucksache 13/9385** – in seiner Sitzung am 1. April 1998 beraten und dem federführenden Ausschuß bei Stimmengleichheit empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Haushaltsausschuß** hat den Antrag der Koalitionsfraktionen – **Drucksache 13/9385** – in seiner Sitzung am 25. März 1998 beraten und mehrheitlich mit den Stimmen der Mitglieder der Koalitionsfraktionen

und gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der SPD, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS empfohlen, der Vorlage zuzustimmen.

Der **Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten** hat den Antrag der Abgeordneten Wolfgang Ilte, Ernst Bahr, Tilo Braune und weiterer Abgeordneter – **Drucksache 13/8080** – in seiner 93. Sitzung am 1. April 1998 beraten und bei Stimmengleichheit dem federführenden Ausschuß empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Haushaltsausschuß** hat die Vorlage auf **Drucksache 13/8080** in seiner Sitzung am 25. März 1998 beraten und mehrheitlich mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. und gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der SPD, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS empfohlen, die Vorlage abzulehnen.

III.

Über den Antrag der Koalitionsfraktionen – Drucksache 13/9385 – sollen die Bundesregierung, die Landesregierungen, die westdeutsche Industrie und der Handel aufgefordert werden, den ostdeutschen Unternehmen Chancengleichheit im Markt einzuräumen und die Förderung des Absatzes von Produkten aus den neuen Bundesländern auf hohem Niveau zu

verstetigen. Die Bundesregierung soll die bestehende Absatzförderung ostdeutscher Produkte weiterführen, um damit auch den Bekanntheitsgrad ostdeutscher Produkte vor allem im Ausland nachhaltig zu fördern. Die Länder sollen ihrerseits mit geeigneten Maßnahmen, etwa durch Förderung von Messen und Kooperationsmodellen, die Absatzanstrengungen ostdeutscher Unternehmen unterstützen. Die Industrieunternehmen des Handels werden aufgefordert, das Einkaufsvolumen bei ostdeutschen Produkten in den kommenden Jahren erheblich zu steigern.

In dem Antrag von Abgeordneten der Fraktion der SPD – Drucksache 13/8080 – wird ebenfalls eine Fortführung der bestehenden Absatzförderprogramme, eine finanzielle Absicherung und ein Ausbau insbesondere für den Bereich der Nahrungsmittelprodukte und Konsumgüter gefordert. Ferner soll die Bundesregierung die Bildung vertikaler Kooperationen zwischen Erzeugern, Verarbeitern, Vermarktern und Handel zugunsten zusätzlicher Absatzchancen ostdeutscher Konsumgüterhersteller wirkungsvoll unterstützen. Ferner sollen Marktanalysen und Marktkonzepte sowie Schulungsmaßnahmen für Produzenten aus den neuen Bundesländern zur Unternehmenspräsentation gefördert werden. Auch sollen Behörden und öffentliche Institutionen sowie Unternehmen, die sich mehrheitlich in bundeseigenem Besitz befinden, beim Einkauf verstärkt auf Produkte und Leistungen aus den neuen Ländern zurückgreifen.

IV.

Der **Ausschuß für Wirtschaft** hat die Vorlage in seiner Sitzung am 23. Juni 1998 beraten.

Bonn, den 23. Juni 1998

Dr. Hermann Pohler

Berichterstatler

Im Zuge der Ausschlußberatungen wurde seitens der Koalitionsfraktionen unterstrichen, daß für ostdeutsche Produkte insbesondere im Export gute Möglichkeiten lägen. Messesförderung und weitere Exportförderungsaktivitäten sollten daher kontinuierlich weitergeführt werden. Seitens der Fraktion der SPD wurde insbesondere betont, daß der Antrag der Koalitionsfraktionen sich zu sehr auf die Messesförderung konzentriere. Es sei versäumt worden, bestehende Außenhandelsbeziehungen zu erhalten. Auch das bestehende Vertriebsnetz in Ostdeutschland sei nicht erhalten worden. Außerdem komme dem Gesichtspunkt der Leistungsgelder in Nummer 6 des Antrags auf Drucksache 13/8080 besondere Bedeutung zu.

Der Ausschuß beschloß mehrheitlich mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der SPD und der Gruppe der PDS sowie bei Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Annahme des Antrages der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. – Drucksache 13/9385 – zu empfehlen.

Er beschloß mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der SPD und der Gruppe der PDS sowie bei Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrages der Abgeordneten der SPD zur Absatzförderung für Produkte aus Ostdeutschland – Drucksache 13/8080 – zu empfehlen.